

Diskussionspapier der AG Bildungspolitik

Die richtige Schule für jede und jeden.



Gemeinsam zum Erfolg
CDU - Die Sachsen-Anhalt Partei.

18. Landesparteitag
Stendal, Hotel Schwarzer Adler,
Sonnabend, 22. November 2008



Bildungspolitik

Bildungspolitische Positionen

Bildung umfasst drei wesentliche Komponenten:

- *Persönliche Bildung* (was der Einzelne aus seinen Begabungen machen kann)
- *Praktische Bildung* (was dem Einzelnen ermöglicht, in der Berufswelt zu bestehen)
- *Soziale Bildung* (was den Einzelnen befähigt, sich für ein friedliches und freiheitliches Zusammenleben und Verantwortung füreinander einzusetzen).

Bildung beginnt im frühen Kindesalter und hört nicht mit dem Schulabschluss auf.¹ In diesem Papier soll der Schwerpunkt allerdings auf der Schule liegen.

Jeder Schüler und jede Schülerin hat den Anspruch auf eine Schule, die ihren persönlichen Begabungen, Fähigkeiten und Interessen entgegenkommt und ihnen ein Höchstmaß an **individueller Förderung** und an **Chancengerechtigkeit** eröffnet.² Schon junge Menschen haben verschiedene Interessen, Stärken und Talente. Auch die Elternhäuser prägen unterschiedlich. Soweit möglich, soll die Schule die unterschiedlichen Voraussetzungen ihrer Schüler ausgleichen. Es ist aber nicht möglich und bei unterschiedlichen Begabungen auch gar nicht sinnvoll, sie völlig aneinander anzugleichen.

Zu besonderer **Förderung** sind wir bei Nachteilen verpflichtet, die auf die **soziale Herkunft** zurückzuführen sind. Diese soziale Herkunft umfasst weit mehr als finanzielle Verhältnisse: viele Eltern mit wenig Geld erziehen ihre Kinder gut, spielen mit ihnen und regen sie an, die Welt zu entdecken, während auch mancher Gutverdienende seine Kinder nicht so fördert, wie sie es verdienen.

Viele Kinder und Jugendliche sind - mit Hilfe ihrer Eltern - sehr gut in der Lage, in der herkömmlichen Halbtagschule zu lernen und nach Erledigung ihrer Hausarbeiten ihren musischen, sportlichen oder gesellschaftlichen Interessen nachzugehen. Bei ihnen besteht kein Grund, sie jeden Tag länger in der Schule verweilen zu lassen. Für andere kann eine Ganztagschule genau das richtige sein. Deswegen soll der weitere **bedarfsgerechte Ausbau der Ganztagschulen** durch entsprechende Angebote für Kinder, Jugendliche und Eltern Hilfe, aber auch besondere Förderung für entsprechende Begabungen sein.³

Bildung zielt immer auf Erkenntnis und Wissen. Das ist allerdings **mehr als die Vermittlung von Fachwissen**. Natürlich soll jeder Mensch in der Schule lesen und schreiben lernen und solches Fachwissen erwerben. Bildung ist aber wesentlich auch Bildung der Persönlichkeit, des Geistes, des Herzens, kulturelle, musische und ethische Bildung.⁴

Im Mittelpunkt aller bildungspolitischen Bemühungen der CDU stehen differenzierte und **begabungsgerechte Bildungsangebote für alle** Kinder und Jugendlichen, um sie so zu fördern, dass sie ihre Chancen auf Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben

¹ vgl. Zukunftsprogramm 2015, Positionspapier zur Bildungspolitik CDU-geführter Länder, Stand: Juli 2008), Nr. 3

² vgl. Zukunftsprogramm 2015, Präambel

³ vgl. Zukunftsprogramm 2015, Nr. 4

⁴ vgl. Zukunftsprogramm 2015, Nr. 1

selbständig, verantwortungsbewusst und erfolgreich nutzen können. Strukturen im Bildungswesen und ihre möglichen Veränderungen, die Anzahl der Schulformen und die Dauer des gemeinsamen Lernens müssen sich von diesem Anspruch her legitimieren.⁵ Oft lenken bildungspolitischen Diskussionen von der Frage ab, wie man Schule besser gestalten kann, anstatt sie zu beantworten.

Die CDU achtet das Engagement, die Arbeit und die Leistungen der Lehrkräfte in den Schulen und den Schulformen öffentlicher und privater Trägerschaft und stellt sie nicht durch Schulformdiskussionen in Frage, die den Nachweis qualitativer Verbesserungen der schulischen Bildung bislang schuldig geblieben sind. Die CDU setzt schon aus Respekt vor dieser langjährigen Arbeit auf **Kontinuität**.

Wer die bekannten internationalen Studien betrachtet, stellt fest, dass es sowohl für gegliederte als auch für integrative Schulsysteme erfolgreiche und leistungsschwache Beispiele gibt. In Westdeutschland haben Integrierte Gesamtschulen nur mit einzelnen Ausnahmen durchweg die schlechteren Leistungen erbracht – zum Teil mit einem Lernrückschritt von zwei bis drei Jahren Lernstoff bis zum Abitur gegenüber Gymnasien. In der DDR war das anders. Allerdings dürfte es weder Zufall noch ausschließlich auf politische Vorgaben zurückzuführen sein, dass weniger als 15% eines Jahrgangs das Abitur ablegten. Ein so kurzer spezieller Weg zum Abitur ist schwierig und damit auch selektierender.

In allen anderen Lebensbereichen ist es jedem klar, dass die Möglichkeiten einer individuellen Förderung auch davon abhängen, wie unterschiedlich groß die Leistungsfähigkeit in einer Gruppe ist. Beim Sport z.B. kommt niemand auf den Gedanken, Leistungs- und Breitensportler dauerhaft miteinander trainieren zu lassen. Übrigens schätzt man Breitensportler, der ganz andere Stärken hat, auch nicht geringer ein.⁶

Wir glauben auch bei den Schulen nicht, dass der einzelne Schüler und die einzelne Schülerin in einer Schulform für alle am besten gefördert wird.

Statt einer staatlich vorgegebenen Schule für alle wollen wir eine, und zwar **die richtige Schule für jede und jeden**.⁷

Richtig ist allerdings, dass sich Kinder auch nach der Entscheidung für eine bestimmte Schulform weiterentwickeln. Darum muss eine eingeschlagene Schullaufbahn auch änderbar sein. Diese **Durchlässigkeit** ermöglichen wir erstens dadurch, dass die Schulform gewechselt werden kann. Für viele dürfte es aber besser und sinnvoller sein, wenn sie etwa zuerst den erweiterten Realschulabschluss ablegen und danach die Gymnasiale Oberstufe besuchen. Das Fachgymnasium an den Berufsbildenden Schulen ist genau auf diese Schüler zugeschnitten. Hier ist die Forderung „**Kein Abschluss ohne Anschluss**“ schon verwirklicht. Auch am Gymnasium wollen wir eine besondere Förderung ausbauen.⁸

Ebenfalls werden wir uns dafür einsetzen, dass die schon vorhandenen Möglichkeiten, nach einer beruflichen Ausbildung auch ohne Abitur zu studieren, bekannter und erweitert werden.⁹

Wenn mehr junge Menschen das Gymnasium erfolgreich besuchen und ein Studium aufnehmen, ist das erfreulich.¹⁰ Allerdings darf dies keinesfalls dadurch erreicht werden, dass die Ansprüche an die Abschlüsse einer Schulform gesenkt werden. Oberstes Ziel der Bildungspolitik und jeder Schulform sind **klare Qualitätsansprüche**.¹¹ Und wer einen anderen Weg einschlägt und nach der Schule eine berufliche Ausbildung absolviert, ist für unser Gemeinwesen genauso wichtig und wertvoll.

⁵ vgl. Zukunftsprogramm 2015, Nr. 5

⁶ vgl. Zukunftsprogramm 2015, Nr. 5

⁷ vgl. Zukunftsprogramm 2015, Nr. 5

⁸ vgl. Zukunftsprogramm 2015, Nr. 5

⁹ vgl. Papier zum Bildungsgipfel sowie vgl. Zukunftsprogramm 2015, Nr. 6.

¹⁰ vgl. Zukunftsprogramm 2015, Nr. 6.

¹¹ vgl. Zukunftsprogramm 2015, Nr. 7.

Die CDU setzt sich für ein qualitativ hochwertiges, regional ausgeglichenes Bildungsangebot ein, so dass landesweit für jeden - unabhängig von seiner Herkunft und wirtschaftlichen Lage - ein seinen Begabungen und Fähigkeiten entsprechender Bildungsgang und Abschluss erreichbar ist.

Die Qualität einer Schule hängt entscheidend von der Qualifikation und der Motivation der Lehrerinnen und Lehrer ab. Neben der schon begonnenen Reform der Lehrerausbildung, die praxisnäher wird, werden wir auch die Fortbildung verbessern. Nach dem Auslaufen des Tarifvertrages wollen wir die Arbeitszeit der Lehrkräfte neu definieren. Außer den Unterrichtszeiten sollen auch außerunterrichtliche Tätigkeiten wie Arbeitsgemeinschaften, Beratungszeiten auf die Arbeitszeit angerechnet werden.¹²

Der Rückgang der Schülerzahl auf die Hälfte innerhalb eines Jahrzehntes machte die Schließung und Zusammenlegung von Schulen unvermeidlich. Dies war für alle eine schmerzliche Entwicklung, sowohl für die Entscheidungsträger als auch für die Schüler, die Eltern und die Lehrer.

Wir wollen weitere **Schulschließungen und -fusionen** möglichst **vermeiden**.

Dazu werden wir in der Organisation der **Sekundarschule** und des **Gymnasiums** in dünnbesiedelten Regionen neue Wege gehen. Um längere Schulwege zu vermeiden, werden wir dort auch **einzügige Schulen ermöglichen**. Auch die Zusammenarbeit zwischen Schulen derselben und unterschiedlicher Schulformen werden wir verstärken. Ebenso müssen Schulen und außerschulische Einrichtungen pädagogisch und organisatorisch enger zusammenarbeiten.

Auch die Einführung einer AOS würde zu flächendeckenden Schulformfusionen und zur Schließung von Einzelschulen führen. Wir wollen, dass die Eltern weiterhin die Schulform wählen können, die den Begabungen und Interessen ihrer Kinder entspricht. Wir wollen nicht die staatliche Vorgabe einer einzigen Schulform, die Alternativen entweder gar nicht oder nur noch bei freien Trägern kennt.

In der Berufsbildung führt eine zu frühe Spezialisierung nicht nur zu einer geringeren Breite der Kenntnisse, sondern auch dazu, dass an kleineren Standorten für bestimmte Berufe keine Klassen mehr zustande kommen. Dies wollen wir auch dadurch ändern, dass gemeinsame Ausbildungsinhalte stärker gemeinsam unterrichtet werden.

¹² vgl. Zukunftsprogramm 2015, Nr. 8.

Anlage

Die CDU will im Einzelnen:

- die Schulstandorte weitestgehend erhalten, die Eigenverantwortlichkeit und Integrationsfähigkeit der einzelnen Schule stärken und Profilbildungen voranbringen,
- die Zusammenarbeit von Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen verbindlich machen und fördern,
- Projekte „Schule unter einem Dach“ (Grundschulen-Sekundarschulen-Kindertagesstätten/„Bildungshäuser“) fördern
- die Zusammenarbeit von Schule, Eltern und außerschulischen Partnern und eine strukturierte Schulsozialarbeit intensivieren,
- bestandssichere Schulen sanieren und modernisieren,
- Ganztagschulen und Spezialschulen für besonders Begabte qualitativ und quantitativ ausbauen,
- die Kinder und Jugendliche, unabhängig von der sozialen Herkunft und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten auch durch alternative Unterrichts- und Betreuungsformen, so fördern und fordern, dass sie einen qualifizierten Schulabschluss erreichen,
- die Ausbildungsreife der Schulabgänger insbesondere im Hinblick auf den Fachkräftebedarf durch Unterstützung der Bemühungen der Schulen (Lehrer und Eltern) nachhaltig verbessern,
- den Zugang zur Hochschulausbildung auch für junge Menschen mit qualifizierter Berufsausbildung weiter öffnen.

Die CDU verlangt insbesondere folgende Maßnahmen:

Schulstandorte erhalten

- Sonderregelungen für Schulstandorte im dünn besiedelten ländlichen Bereich, u.a.
 - Erhalt kleiner Grundschulstandorte durch strukturelle und personelle Verklammerung
 - Sicherung des Zugangs zu allen Bildungsabschlüssen in der Fläche
- Befreiung von Schülerbeförderungskosten in allen Klassenstufen

Alle Schulformen stärken

- dauerhafte Etablierung von Schulsozialarbeit und schulpsychologischer Betreuung
- Erhöhung der Selbständigkeit von Schulen durch:
 - Stärkung der Stellung der Schulleiterinnen und Schulleiter (Kompetenzen: u.a. Mitentscheidung bei Personalauswahl, Führungskräftefortbildung)
 - Budgetierung der Sachkosten
 - schülerzahlbezogene Stundenzuweisung in weiteren Schulformen
 - Flexibilisierung der Stundentafeln
 - kompetenzorientierte Lehrpläne/schulkonkrete Ausprägungen des Lehrplanes
- Förderung der kulturellen, musischen, naturwissenschaftlichen und technischen Bildung/Schaffen der Voraussetzungen durch angemessene Ausstattung

- Ausbau von Kooperationsprojekten zwischen Musikschulen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Schulen
- Förderung von Begabungen durch qualitative Weiterentwicklung der Landes- und Spezialschulen

Lehrer unterstützen und stärken

u.a. durch:

- Neufassung der Arbeitszeit für Lehrer nach dem Auslaufen des Tarifvertrages (Abwendung von der rein unterrichtsstundenbezogenen Berechnung, Anerkennung von Beratungszeiten, außerunterrichtliche Aktivitäten usw.)
- qualitative Verbesserung der Fortbildung (Schwerpunkte: Methodik und Didaktik des Unterrichts, Umgang mit Heterogenität und Entwicklung von Kooperationskultur zwischen Schülern, Lehrern und Eltern)

Frühkindliche Bildung verbindlicher gestalten

- Neuordnung der Kompetenzen im Land im Bereich Kindertagesstätten und Jugendhilfe durch Zuordnung zum MK („Bildungsverantwortung in einer Hand“)
- Besondere Anerkennung von Kindertagesstätten, die mit einem verbindlichen Bildungsprogramm arbeiten
- verbindliche Sprachförderung und Sprachstandsfeststellungen
- gemeinsame Fortbildung von Grundschullehrerinnen und -lehrern und Erzieherinnen
- qualitative Verbesserung der Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen

Grundschulen weiterentwickeln

- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten, Kindergärten und weiterführenden Schulen/gemeinsame Fortbildungen
- verstärkte Sprachförderung

Sekundarschule stärken

- Förderung für Sekundarschülerinnen und -schüler mit erweitertem Realschulabschluss, die in die Oberstufe des Gymnasiums wechseln wollen
- wirksame Förderstrukturen zur Vermeidung von Schulversagen/Senkung der Quote der Schulabgänger ohne Abschluss (Bsp. Förderung alternativer Bildungswege im Sekundarschulbereich wie Produktives Lernen (PL), Praxistage und Förderung sozialpädagogischer Programme (Schulsozialarbeit))
- Ausbau der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung an den Sekundarschulen

Förderzentren weiterentwickeln

- Weiterentwicklung von Förderzentren zu Kompetenzzentren/stärkere Integration der Schülerinnen und Schüler der LB-Schule in das Regelschulsystem
- Ausbau der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung an Förderschulen

Gymnasien qualitativ weiterentwickeln

- verpflichtende Studienorientierung in der gymnasialen Oberstufe/Förderung von Kooperationsprojekten mit Hochschulen
- Entwicklung von geeigneten Gymnasien zur Hochbegabtenförderung
- verbindliche Praktika in außeruniversitären Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen/Anrechnung der Leistungen in Unterrichtsfächern

Berufschulen stärken

- vertragliche Vereinbarungen zwischen Schulträgern der Berufsbildenden Schulen (BbS) und anderen Planungs- und Bildungsträgern
- Ausbau der BbS zu Kompetenzzentren der Berufsorientierung unter Einbeziehung von Kooperationspartnern von allgemein bildenden Schulen, Unternehmen, Kammern, Hochschulen, Verbänden, Bildungsträgern und Arbeitsgemeinschaften, u.a.
- Zusammenarbeit der BbS mit Sekundarschulen
- Einsatz von Sozialpädagogen an BbS
- Anerkennung und Anrechnung gleichwertiger vollzeitschulischer Bildungsgänge auf die duale Ausbildung
- Stärkung von Kernkompetenzen durch längeren gemeinsamen Unterricht in verwandten Berufen an der BbS